



Ratskanzlei

Kommunikationsstelle
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 29
Telefax +41 71 788 93 39
stefanie.sutter@ai.ch
www.ai.ch

Appenzell, 8. Februar 2016

Medienmitteilung der Standeskommission (amtlich mitgeteilt)

Standeskommission stimmt Schengen-Weiterentwicklung zu

Die Standeskommission stimmt der Schaffung eines Fonds für die innere Sicherheit im Bereich Grenzschutz und Visapolitik der EU zu. Diese Schengen-Weiterentwicklung soll insbesondere den Schutz der Aussengrenzen verbessern.

Mit der Verordnung (EU) Nr. 515/2014 soll ein Fonds für die innere Sicherheit im Bereich Grenzschutz und Visapolitik für den Zeitraum von 2014 bis 2020 geschaffen werden. Der neue Fonds mit einem Gesamtvolumen von 2.760 Mia. Euro soll dazu beitragen, die Effizienz der Kontrollen und den Schutz der Aussengrenzen zu verbessern, damit die Zahl illegaler Einreisen verringert werden kann. Weiter soll die Einreise von autorisierten Personen erleichtert und beschleunigt werden.

Zur Regelung ihrer Beteiligungsrechte und -pflichten wird die Schweiz mit der EU eine Zusatzvereinbarung abschliessen. Voraussichtlich wird sich die Schweiz ab 2019 am Fonds mit jährlichen Beitragszahlungen von rund 17.6 Millionen Franken beteiligen. Im Gegenzug darf sie aus dem Fonds Zuweisungen von insgesamt rund 20 Millionen Franken für nationale Massnahmen erwarten. Geplant sind etwa Investitionen in Infrastrukturen beim Grenzübergang. Ebenfalls sollen IT-Projekte im Bereich des Schengener Informationssystems berücksichtigt werden.

Die Standeskommission stellt fest, dass verschiedene Länder in jüngerer Zeit dazu übergegangen sind, ihre Grenzen mit Zäunen zu verstärken und nur noch so viele Flüchtlinge ins Land zu lassen, wie auch wieder ausreisen. Frankreich hat die Grenze zu Italien gesperrt und lässt keine Flüchtlinge mehr passieren. Das Gleiche macht England am Eurotunnelportal in Frankreich. Wegen der verheerenden Terroranschläge in Frankreich und Belgien führten zudem einzelne EU-Staaten vorübergehend wieder Grenzkontrollen ein. Angesichts dieser Tatsachen darf man sich ernsthaft fragen, welchen Wert die vorgesehene Übernahme der EU-Verordnung hat.

Indessen ist aufgrund der herrschenden Migrationsströme ein wirksamer Schutz der Schengen-Aussengrenzen unabdingbar. Dem neuen Fonds wird deshalb zugestimmt.